

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald - Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,25 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg., von auswärts 10 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Bekannte 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr 52

Montag, den 4 März 1918.

35. Jahrgang

Der Zusammenbruch des russischen Eisenbahnwesens*

Noch im Anfang des Jahres 1917 konnte eine überaus lebhafte Bau- und Verkehrstätigkeit auf den russischen Bahnen festgestellt werden. Es schien, als sollten die alten Fehler und Unterlassungen mit Hilfe der Kriegsgelangenheiten, die in Massen zum Bahnbau, zu Streckenverbesserungen, Gleisverlegungen und Stationsveränderungen auf allen Linien herangezogen wurden, wiedergutmacht werden. Deutlich trat das Bestreben nach Herstellung einer zureichenden Verbindung des Stillen Ozeans mit den russischen Meeren und dieser untereinander zutage.

Durch Ausbau der Linien von Krasn über Nizhny nach Drenburg und Ufa sollte das Kaspische Meer ebenso wie durch den projektierten Anschluß der Buchara-Bahn an die neue Linie Semipalatinsk-Umsl Verbindung mit dem Stillen Ozean bekommen. Die neue Linie Kishini Nowgorod-Bjatka sollte im Anschluß an die bis Krasnopolje schiffbare Dwina eine Entlastung der Archangelsk-Wologdaer Linie bringen und einen neuen Weg für die Verbindung des Mittel-Uralischen Industriezirkels mit dem Donbecken und dem Schwarzen Meere bilden. Durch beschleunigten Ausbau der Strecke Jekaterinburg-Kasau wurde eine weitere Verbindung Moskau mit dem Ural angestrebt, desgleichen durch die Linie Ufa-Bugulma ein neuer Strang zur Wolga bei Simbirsk gezogen.

Die großen Walzwerke des Donezbeckens waren Tag und Nacht mit der Herstellung von Schienen und Oberbaumaterial beschäftigt, die Arbeiten schritten befriedigend weiter und versprachen guten Erfolg des großzügigen Planes, der durch eine rege Brücken-, Kanal- und Straßenbautätigkeit ergänzt wurde.

Nach Ausbruch der März-Revolution kam anfangs eine gewisse Störung in die Arbeiten, die aber noch im August, wenn auch langsamer, dennoch planmäßig fortgeführt wurden. Unter dem Regime der Bolschewiki hat jede Bautätigkeit in Rußland aufgehört. Die Bauarbeiten sind zu Zerwürfen herabgesunken, die Fachleute durch bolschewistische Diktatoren ersetzt. Die Walzwerke stehen still, die Gruben haben die Förderung auf Bruchteile eingeschränkt. Der Zuzug von Baumaterial hat aufgehört. Das rollende Wagenmaterial befindet sich in einem jammervollen Zustande. Rußland steht im Zeichen einer Transportkrise, deren Folgen auf Jahrzehnte hinaus zu spüren sein werden und die am besten durch den Bericht des Hauptreferenten auf dem jüngst abgehaltenen Eisenbahnenkongreß gekennzeichnet wird, der die Lage des russischen Verkehrs als Todeskampf bezeichnete.

Auf diesem Kongresse wurde die Schuld an der Vernichtung des russischen Transportwesens offen der zum Ruin führenden Politik der Bolschewiki beigemessen.

Erwähnenswert ist, daß am Tage der Abreise der Abordnung der Mittelmächte, auf dem Bahnhofe in Petersburg bloß zwei Lokomotiven verfügbar waren, deren eine infolge verschiedener Schäden nur 15 Kilometer in der Stunde laufen konnte.

Der Zugverkehr ist bedeutend eingeschränkt, die Verspätungen überschreiten jedes Maß. Die durchschnittliche Fahrtdauer von Petersburg nach Dünaburg (im Frühen 11-12 Stunden) schwankt oft zwischen 60 und 80 Stunden. Die Wagen sind ungeheizt, zumeist ohne Beleuchtung, die Bänke und Fußböden starren von Schmutz und menschlichem Urat; bei Abgang derzüge spielen sich die wildesten Szenen ab, täglich werden erfrorene Menschen, die in den Wagen keinen Platz finden, von Trittbrettern und selbst Wagendächern herabgenommen.

* Dieser Aufsatz ist auf Grund von Beobachtungen und Studien entstanden, welche ein Teilnehmer an der Diegationsreise nach Petersburg dort vor kurzem an Ort und Stelle gemacht hat. Die Schriftleitung.

Reichstag.

(Schluß.)

Deutscher Reichstag, 1. März.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Das Ultimatum an Rußland widerspricht vollkommen den Versprechen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten. Der russische Bauer steht schon jetzt nach den russischen Emdarmen zurück. (Unruhe.) An die Grenzländer glauben wir nicht mehr, trotz des Beschlusses, die im weiteren Verlaufe keine Ausnahmen zu...

Kedner von der „verruhten Kriegspolitik der Regierung“ spricht, wird er zur Ordnung gerufen und erhält einen zweiten Ordnungsruf, als er sagt, wird gewordene Generale hätten die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht.)

General von Weisberg: Die kommandierenden Generale verfahren bei der Genehmigung oder dem Verbot von Versammlungen nach allgemeinen Richtlinien und streng rechtlich. Wenn die Versammlungen der Unabhängigen Sozialisten häufiger unterjagt werden als die anderer Parteien, so liegt das daran, daß sie nicht für Ruhe und Ordnung garantieren in demselben Maße wie die anderen Parteien. Durch Verleumdungen lassen sich die kommandierenden Generale nicht von ihrer Pflicht abbringen.

General von Schuch: Der Abg. Vogtherr hat zu Unrecht die Frauorganisation angegriffen. Die Frauen haben ihre volle Pflicht getan nicht nur in der Sorge um die Familien, sondern auch als Arbeiterinnen. Sie sind in die Munitionsfabriken gegangen. (Zuruf: Als Spitzel Unruhe.) Der Streik hat die militärischen Interessen geschädigt. Gewitz haben wegen Kohlemangels einzelne Betriebe Feuerschichten einlegen müssen. Bei Kohlemangel wird planmäßig zwischen wichtigen und weniger wichtigen Betrieben unterschieden, der Streik hat aber keinen Unterschied gemacht, er verfuhr rücksichtslos.

Abg. von Trampejnski (Pole): Es wird immer von den undankbaren Polen gesprochen. In der Politik gibt es keine Dankbarkeit oder Undankbarkeit. Hunderte von polnischen Arbeitern werden seit Jahren im Keld, namentlich in Pommern und Mecklenburg zurückgehalten.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Klage über die Zurückhaltung polnischer Arbeiter muß im preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht werden. Eigenartig ist es, daß der Vorkämpfer gar keine Anerkennung findet für das, was für die polnische Bevölkerung geschehen ist. Er hat nur Worte des Tadels. Bei der Befragung polnischer Landestellen fanden die Deutschen ein Chaos. In wenigen Tagen setzte die Kulturarbeit ein.

Abg. Fehrenbach (Str.): Berechtigte Beschwerden der preussischen Polen finden bei uns stets ein williges Ohr. Bei Preußen müssen sie bleiben. Dabel soll ihnen aber der polnische Charakter, Sprache und Art erhalten bleiben. Das heutige Königreich Polen war Feindesland. Deshalb mußten dort Kriegsmassnahmen plangreifen mit Härten im Gefolge. Das durfte aber kein Anlaß sein, den Friedensvertrag mit der Ukraine abzulehnen. Dieser Vertrag war der erste Schritt zur Selbstständigkeit Polens. Der Gegensatz zwischen Litauen und Polen besteht tatsächlich.

Der Haushaltsrat geht an den Hauptauschuß. - Nächste Sitzung: Dienstag, 12. März, 2 Uhr nachmittags.

Der Weltkrieg.

W.W. Großes Hauptquartier, 2. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nur in wenigen Abschnitten lebte am Abend die Gesechtstätigkeit auf. Eigene Erkundungen bei Hollebeck und südlich von St. Quentin brachten Gefangene ein.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

An vielen Stellen der Front führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Westlich von Reims drangen heftige Truppen in das zerstörte Fort Pompelle. Rheinländer und Westfalen stießen nordwestlich von Prosedes tief in die feindlichen Stellungen vor; die aus den Februarkämpfen westlich von Tahure noch in Feindeshand gebliebenen Grabenstücke wurden von badiischen und thüringischen Truppen im Angriff gesäubert. Auf dem westlichen Ufer der Maas stürmten rheinische Kompagnien die feindlichen Gräben südlich von Haucourt.

Nach Durchführung ihrer Erkundungen kehrten unsere Truppen mit mehr als 400 Gefangenen und zahlreichen erbeuteten Maschinengewehren in ihre Ausgangsstellungen zurück. Die südlich von Tahure genommenen Gräben wurden gehalten und gegen französische Gegenangriffe behauptet.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Zwischen Maas und Mosel rief Infanterie mit Pionieren in die feindlichen Gräben nordöstlich von Seicheprey vor. Die amerikanische Besatzung erlitt schwere Verluste und büßte 12 Gefangene ein.

Hauptmann Ritter von Tutschek errang durch Abschuß eines feindlichen Fesselballons seinen 25. Lufttag.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Eichhorn:

In Estland und Livland nehmen die Operationen ihren Verlauf.

Heeresgruppe Linjungen:

In der Verfolgung des bei Rjeschiza geschlagenen Feindes wurden wir Gomel genommen. Gomel liegt

etwa 35 Kilometer östlich von Rjeschiza, östlich des Dnjepr D. Schr.)

Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, wurde durch Ukrainer und sächsische Truppen befreit

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

W.W. Großes Hauptquartier, 3. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Südwestlich von Lombardside nahmen wir eine Anzahl Belgier gefangen. Brandenburgische Sturmtruppen brachten von einem Vorstoß bei Neuve Chapelle 66 Portugiesen, darunter 3 Offiziere, gefangen zurück.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Französische Kompagnien griffen am Abend nach mehrstündiger Feuertvorbereitung unsere Stellungen bei Corbeny an. Sie wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. In der Champagne lebte die Gesechtstätigkeit in den Kampfabschnitten vom 1. März zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Die nach Ablauf des Waffenstillstandsvertrages eingeleiteten Operationen haben zu großen Erfolgen geführt. Die Truppen des Generalobersts Grafen Kirchbach haben Livland und Estland zur Unterstützung der bedrängten Bewohner durchzogen, begleitet durch Teile der über den zugefrorenen Moosfund vorgehenden Besatzung der baltischen Inseln und durch estländische Regimenter. Reval und Dorpat wurden genommen. Unsere Truppen stehen vor Narva.

Die Armeen des Generalobersts von Kirchbach und des Generalfeldmarschalls von Eichhorn haben in unaufhaltbarem Vordringen über Dünaburg und Minsk nach hartem Kampfe Brestau, sowie Polozk und Borissow genommen. In Bobruisk wurde die Vereinigung mit polnischen Divisionen erzielt.

Teile der Heeresgruppe Linjungen haben in Uebereinstimmung mit der ukrainischen Regierung den Eisenbahnweg von Luminel über Rjeschiza an den Dnjepr bis Gomel nach mehrfachem Kampfe geöffnet. Andere Divisionen unter der Führung des Generals von Knörzer haben, feindlichen Widerstand brechend, die auf Kiew führende Bahn und die Bahnlinie Kiew-Schmerinka vom Feinde gesäubert. Am 1. März wurde Kiew im Verein mit Ukrainern genommen. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen sind in Schmerinka eingedrückt. (General Anörzer ist Württemberger. D. Schr.)

Die dem Feind abgenommene Beute ist noch nicht annähernd zahlenmäßig festzustellen. Soweit Meldungen vorliegen, sind in unserem Besitz an Gefangenen 6800 Offiziere und 57 000 Mann, an Beute 2400 Geschütze, über 5000 Maschinengewehre, viele Tausend Fahrzeuge, darunter über 500 Kraftwagen und 11 Panzerautos, über 2 Millionen Schuß Artilleriemunition und 128 000 Gewehre, 800 Lokomotiven und 8000 Eisenbahnwagen. Dazu kommt die Beute von Reval mit 13 Offizieren, 500 Mann, 220 Geschützen, 22 Flugzeugen und viel rollendem Material.

Heeresgruppe Mackensen:

Der Waffenstillstand mit Rumänien ist gestern gekündigt worden. Darauf hat sich die rumänische Regierung bereit erklärt, in neue Verhandlungen über einen weiteren Waffenstillstand auf Grund der von den Mittelmächten gestellten Bedingungen einzutreten. An diese Waffenstillstandsverhandlungen sollen sich Friedensverhandlungen anschließen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

An der Westfront haben sich unsere Truppen einmal die Amerikaner in Lothringen ordentlich vorgenommen. Bei Seicheprey stürmten Teile eines Stoßbataillons in die Gräben der Amerikaner, drangen 500 Meter tief in ihre Stellungen ein und brachten ihnen schwere Verluste bei. 12 Gefangene und 2 Maschinengewehre wurden erbeutet. Erfolgreich waren ferner Vorstöße bei

Tahure (Champagne), wo badische Truppen sich wieder auszeichneten, und im Norden bei Kombarische (nahe der Küste) und Neuve Chapelle. Belgier und Portugiesen wurden gefangen genommen. Französische Angriffe im Nizza-Gebiet wurden abgewiesen.

Der Tagesbericht gibt heute eine summarische Uebersicht über die Fortschritte im Osten. Das Bemerkenswerteste ist, daß im Norden unsere Truppen schon vor Narwa stehen. Sie dürften es inzwischen auch besetzen. Narwa liegt bereits im Gouvernement Petersburg. Die Vereinigung der beiden Kolonnen, die von Reval einerseits und Dorpat andererseits vorrückten, muß beinahe im Fluge geschehen sein, denn Reval ist von Narwa immerhin 175 Kilometer entfernt, und der Weg, den die Dorpater zurücklegen hatten, dürfte rund 140 Kilometer betragen. In Petersburg herrscht größte Beunruhigung; von der Verteidigung der Stadt kann keine Rede sein, da die Bevölkerung zum weitesten Teil den Einzug der Deutschen als Errettung begrüßt und der roten Garde, die bisher alles nur seinen Kampfesmut gezeigt hat, aber mit vielerlei würde. Aus diesem Grunde müssen die Bolschewiki schleunigst den Frieden schließen, der nach einer Meldung am Sonntag vormittag 11 Uhr in Brach-Litowsk unterzeichnet werden soll. Trotz hat die Würde des Volkskommissars niedergelegt. Es sollte uns nicht wundern, wenn er demnächst mit seinem Freund Kerenski in einem Pariser Kaffeehaus sich trafen. Im Süden ist Kiew von sächsischen und ukrainischen Truppen besetzt worden. Der bolschewistische Herrschaft ist also auch hier nach kaum 14 tägiger Dauer ein rasches Ende gemacht worden. Es wird das Ende überhaupt bedeuten, und der Bolschewismus hätte dann ungefähr gerade so lange gedauert, als die Herrschaft Kerenski. Wer wird jetzt an die Reihe kommen? Vielleicht wissen es die Japaner, die sich, wie es heißt, anscheiden, Sibirien zu besetzen. „Mien den Miaten“ ist der Wahlspruch der japanischen Politik. Sibirien gehört zu Mien, also — kein Zweifel, wenn sich die Nachricht vom Vorgehen der Japaner bestätigt, dann steht man vor Ereignissen von weltumfassender Tragweite. Wahrscheinlich aber berühren sie Amerika und England mehr als uns.

Der Jägerleutnant Hans Markmann aus Halle a. S., der in voriger Woche durch den Orden Pour le Merite ausgezeichnet worden war, ist bei einem siegreichen Sturmangriff im Westen gefallen. Markmann war in Friedenszeiten ein bekannter Fußballspieler.

Der Krieg zur See.

Berlin, 2. März. Im nördlichen Sperrgebiet wurden 23 000 BRT. (darunter zwei wertvolle Dampfer mit 8000 und 4000 Tonnen), im westlichen Mittelmeer 24 000 BRT. (darunter ein englischer Dampfer von 2905 T. und der frühere russische Dampfer Katharina II von 6545 T.) versenkt. Der englische Transportdampfer Sardinia (6580 T.) ist schwer beschädigt.

An der Nordküste Dänemarks ist ein von dem Hilfskreuzer „Woff“ erbeutetes Schiff, das dem „Woff“ auf seinen kühnen Fahrten als Begleitschiff diente, bei der Fahrt nach Deutschland auf ein Riff aufgelaufen und zertrümmert. Eine dänische Gesellschaft wollte die Abgabe der Restmengen des Dampfers oder die Vergütung seiner vertollen Ladung vornehmen, die dänische Regierung verbietet aber die Hilfslieferung, sie setzte vielmehr die deutsche Besatzung und die mitgeführten Gefangenen zwangsweise frei. Dieses Verhalten ist mit dem Völkerrecht nicht in Einklang zu bringen und wird hoffentlich einen scharfen Protest der deutschen Regierung zur Folge haben. Die Haltung Dänemarks ist um so unverständlicher, als jüngst englische Kriegsschiffe am hellen Tage ein deutsches Schiff im dänischen Gewässer gelapert haben, ohne daß Dänemark bis jetzt gegen diese Völkerrechtsverletzung Einspruch erhoben hätte.

Bern, 3. März. Der mit Getreide für die Schweiz beladene Dampfer Sardinico, der an Bord 1000 Tonnen Weizen, 1010 Tonnen Roggen und 912 Tonnen Mehl hatte, ist gesunken. Es steht noch nicht fest, ob der Dampfer torpediert wurde oder auf eine Mine gestoßen ist.

Rotterdam, 3. März. Beim Minensuchen bei der Insel Blieland sind ein deutsches Minensuchboot und drei Fischdampfer auf Minen gestoßen und gesunken. Die Besatzungen sind größtenteils gerettet. (Nach anderer Meldung hätte bei Blieland ein Seegericht stattgefunden.)

London, 3. März. Bonar Law gab im Unterhaus zu, daß England im Jahre 1917 nur 1,16 Millionen BRT. neue Schiffe baute, während Lloyd George 2 bis 3 Millionen versprochen hatte. (Unsere Landboote haben im April 1917 allein fast so viel versenkt, als England in einem Jahre baute, nämlich 1,09 Mill. BRT., ungerechnet die beschädigten Schiffe. Die ganze Jahresbeute beträgt bekanntlich 9,6 Mill. BRT., also das Neunfache von dem, was England fertigstellte.)

Neues vom Tage.

Ludendorff Ehren doktor.

Freiburg, 2. März. Die medizinische Fakultät der Universität Freiburg hat den Ersten Generalquartiermeister Ludendorff anlässlich der Wiedergewinnung der Universität Dorpat zum Ehren doktor ernannt.

Erhöhung der Reichstagsabgeordnetengelder.

Berlin, 2. März. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, sollen die Anwesenheitsgelder der Reichstagsabgeordneten von 3000 RM auf 5000 RM erhöht werden.

Reichstagspräsident Dr. Kämpf schwer erkrankt.

Berlin, 3. März. Der Präsident des Reichstags, Dr. Kämpf, der zur Zeit in einem Sanatorium außerhalb Berlins weilt, ist an einer Nippfellenentzündung erkrankt. Der Präsident hat das 75. Lebensjahr bereits überschritten.

Küdrift Eugenberg's.

Berlin, 3. März. Das „Berl. Tagebl.“ meldet, der Generaldirektor der Firma Krupp in Essen, Du-

genberg, werde aus politischen Gründen zurücktreten. Er sei im Sinne der Vaterlandspartei tätig gewesen und Hauptgründer der Anzeiger-Verlags-Gesellschaft „Die Ma“ bezweckt die Verbreitung von Geschäftsanzeigen usw. der deutschen Großindustrie in ausländischen Zeitungen durch eigene Vertriebsmänner. (S. S. Hr.)

München, 3. März. Der Ausschuss für die Gesetzgebung hat die Einführung kurzer Anträge in der Kammer der Abgeordneten beschlossen.

Wieder eine Unfreundlichkeit!

Wien, 2. März. Im Oesterreichischen Herrenhaus sagte Dr. Lammajsch, wenn der Friede nur möglich sei unter der Bedingung, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiges Staat mit selbstgewählter Verfassung werde, dann sei kein Grund (für Oesterreich-Ungarn), den Krieg fortzusetzen, um damit das Elsaß ein Reichsland mit vorwiegend preussischer Verwaltung bleibe. Fürst Schönburg sagte namens der Mittelpartei gegen diese verlegende Rede Bewahrung ein. (Lammajsch ist Völkerrechtler an der Wiener Universität und war i. Bt. einer der Vertreter Oesterreich-Ungarns auf der Haager Friedenskonferenz.)

Der Verbandsschritt der deutsch-nationalen Parteien (wenn in einer Entscheidung) keine Einpörung über die Rede des Dr. Lammajsch aus.

Die Erklärungen Pichons.

Genf, 2. März. (Dabas.) In der Universität von Paris (Sorbonne) hielt der Minister des Auswärtigen Pichon eine Rede, worin er sagte, die Befreiung Herrlings, Elsaß-Lothringen sei ein altes deutsches Land, sei falsch. Zum Beweis führte er einen — zum Teil schon bekannten — Brief des Kaisers Wilhelm I. an die ehemalige französische Kaiserin Eugenie vom 26. Oktober 1870 an, worin der Kaiser schreibt, Elsaß-Lothringen müsse deutsch werden, um als Schutz gegen den nächsten französischen Angriff zu dienen, nicht weil es deutsches Land sei. Deutschland habe ferner Frankreich bei Ausbruch dieses Krieges (1914) nicht nur mitschuldig an seinem Angriff auf Europa machen wollen, sondern es auch zu erretzen getrachtet. Er führte den erst jetzt bekannt gewordenen Inhalt des Telegramms des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 31. Juli 1914 an, worin der damalige deutsche Botschafter in Paris, von Schön, beauftragt wurde, Frankreich zu ersuchen, es möge neutral bleiben. Nach diesem Telegramm soll angeblich Deutschland als Bürgschaft der Neutralität Frankreich die Uebergabe der Festungen Doull und Verdun verlangt haben. Daraus ersehe man, wie Deutschland den Frieden wollte in dem Augenblick, als es den Krieg erklärte. Zum Schluss betonte Pichon, nicht nur das französische Volk, sondern auch der ganze große Bund der Entente verlange die Herausgabe Elsaß-Lothringens.

„Figaro“ schreibt dazu: Das Dokument sei erst seit einigen Tagen bekannt. Die Geheimzeichen seien erst neuerdings entschlüsselt worden. Seit 1914 hatte Deutschland seine Chiffrierte geändert. Alle Entzifferungsversuche waren bis zu den letzten Tagen erfolglos geblieben. — Im „Petit Journal“ sagt Viviani: Die Enthüllungen Pichons ermöglichen uns jetzt, die Haltung des deutschen Botschafters von Schön besser zu beurteilen, als er zu mir kam, um mir mitzuteilen, daß Deutschland gezwungen sei, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr zu erklären. Herr von Schön fragte, welches die Haltung Frankreichs im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und England sein würde. Ich antwortete: In diesem Falle wird Krieg sein.

Die Antwort der Belgier.

Bern, 3. März. Die „Tägl. Rundschau“ meldet, der belgische Minister des Auswärtigen habe zu der Rede des Grafen Hertling erklärt, Belgien verlange die Wiederherstellung seiner vollen Unabhängigkeit ohne jede einschränkende Bedingung, vollen Ersatz der angerichteten Schäden und Bürgschaften gegen einen künftigen Ueberfall Deutschlands. Ohne die Verbündeten werden Belgien sich in keine Friedensverhandlungen einlassen.

Anschlag auf Lloyd George.

Berlin, 2. März. Die „Deutsche Tagesztg.“ meldet, daß am 23. Februar von einem irischen Sinn Feiner ein Anschlag auf Lloyd George verübt worden sei. Der Täter sei verhaftet. (Wenar Law gab an dem Tage im Unterhaus bekannt, daß Lloyd George unwohl sei.)

Die 15. Friedensbedingung.

Paris, 3. März. „Petit Parisien“ meldet laut „Voss. Ztg.“ aus New York, Wilson habe seinen 14 Friedensbedingungen die weitere hinzugefügt: Deutschland hat das besetzte russische Gebiet sofort zu räumen und das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker zu verewlichen. (Die Reihe der Wilson'schen Friedensbedingungen scheint beliebig veränderungsfähig zu sein. D. S. Hr.)

Friede mit Rußland.

Berlin, 3. März. (Amtlich.) Der Friede mit Rußland ist heute (ün, Uhr nachmittags) unterzeichnet worden.

Wien, 3. März. (Amtlich.) In Podolien haben Oesterreich-ungarische Vortruppen Jmerinka nach kurzem Kampf besetzt. Bei der Einnahme von Gorbodon ergab sich ein sibirisches Korps und ein Infanteriedivisionskommando.

Die Wirren in Rußland.

Genf, 2. März. Nach dem „Exchange Telegraph“ soll gegen Argjensko ein Anschlag verübt worden sein. Er sei durch einen Revolveranschlag am Hals verletzt worden. An seiner Stelle sei General Brufewitsch zum Generalissimus und gleichzeitig zum Diktator ernannt worden.

Kerenski soll sich jetzt in Paris aufhalten.

London, 2. März. (Reuter.) Nach Mitternachtsstunden finden zwischen Japan, Amerika und den Verbündeten Verhandlungen wegen eines „Eingriffes“ Japans statt. Japan wolle Sibirien vor Teile davon besetzen, um die dort anzuhaufenden großen Vorräte von Munition und Lebensmitteln vor den vordringenden Deutschen zu „retten“.

Die Miegerschäden.

München, 2. März. Auf eine Anfrage über die Entschädigung der durch feindliche Miegerränge betroffenen Privatpersonen erklärte der Minister des Innern Dr. v. Breckreich im Landtag, nach § 35 des Kriegseinsatzgesetzes werde Umsonst und Art der Entschädigung und das Verfahren durch ein Sondergesetz bestimmt. Durch die Feststellung der Schäden werde ein Rechtsanspruch nicht begründet. Weder das Reich noch die Bundesstaaten seien verpflichtet, für die Miegerschäden als bald eine Entschädigung zu gewähren. Aus Gründen der Kriegsfürsorge habe Bayern aber bereits in mehreren Fällen, besonders in der Pfalz, wo die Schäden im Zunehmen sind, Vorentscheidungen geleistet und die Regierung sei auch in besonderen Fällen weiter bereit, Vorschüsse und Vorentscheidungen zu bewilligen. Die reichsgesetzliche Regelung des Personenenschadens sei im Gange. Um die Versicherung gegen Miegerschäden zu verbilligen, werden die Prämienbeiträge der Versicherungsgesellschaften geprüft, nötigenfalls werde die staatliche Beteiligung dieser Versicherung ins Auge gefaßt.

München, 3. März. Der Ausschuss für die Gesetzgebung hat die Einführung kurzer Anträge in der Kammer der Abgeordneten beschlossen.

Deutsche Kulturwerte in Amerika.

In den letzten 100 Jahren gab Europa allein 20 Millionen Auswanderer ab, davon nach Amerika rund 5 1/2 Millionen. Dadurch der Heimat vorwiegend erwerbende Alters- und Berufslosen entzogen wurden. Ganz abgesehen von aller geistigen Werte ist die hierdurch Deutschland verursachte materielle Verluste ganz ungeheuer groß. Nehmen wir an, daß jeder Auswanderer — in durchschnittlich 16 Jahren der Erziehung und Vorbildung — auf das Jahr mindestens 250 RM. Gehalt hat, also auf den Lohn 4000 RM., mit Zinseszins rund 8000 RM., so belam das unermessliche Amerika von Deutschland allein alljährlich eine Aussteuer von 800 x 5,5 = 4400 Millionen (4,4 Milliarden) RM. allein an Menschewerten mit. Sehen wir die mitgeführten Kapitalwerte mit ihrem Wertvermehrungszuwachs, auch nur 1/4 so hoch an, so erhalten wir eine Gesamtanzahl von 7,5 bis 80 Milliarden RM. oder einen Anteil von etwa 1/4 des amerikanischen Volkvermögens — aus deutscher Herkunft.

Zu der selben Auswanderungsperiode 1861—84 betrug die Zahl der deutschen Auswanderer nach Amerika rund 2 Millionen. Die Zahl der Deutsch-Amerikaner wird zur Zeit auf 12 bis 15 Millionen geschätzt.

Auch England kann über dieses Kapitel trübe Betrachtungen anstellen. Es gab im gleichen Zeitraum etwa 7 1/2 Millionen Auswanderer an die Vereinigten Staaten ab, was trotz damit noch unerer Berechnung circa 1/10 Anteil am amerikanischen Volkvermögen bei; ganz Europa etwa 1/40 hierin. Das soll Europa nicht vergessen, wenn seit etwa 100 Jahren „dräben“ auf die Monroe-Doktrin gepöcht wird, die selbstherrlich behagt: „Amerika den Amerikanern!“

Und heute? — Amerika beschränkt sich jetzt nicht selbstgenügsam auf Amerika. Der Krieg scheint die Monroe-Doktrin sehr erweitert zu haben. Soll es etwa noch heißen: „Europa den Europäern!“ Will Amerika die Weltwirtschaft an sich reißen und Europa, die Mutter der Weltkultur, auf das Altenteil setzen?

Unsere deutsche Jugend.

Auf einer Tagung des Verbandes für weibliche Fortbildung sprach Landtagsabg. Liz. D. Traub über „Sorgen und Hoffnungen für unsere deutsche Jugend“. Er begann mit dem Hinweis auf die bedauerlichen jüngsten Feststellungen des preuss. Kultusministers, daß im ersten Halbjahr 1917 schon so viel Jugendliche bestraft worden sind, wie im ganzen Jahre 1914. Wir haben trotz alledem keine Ursache, an der Jugend zu verzweifeln. Aber gearbeitet muß freilich für die Jugend werden. Traub ist der Meinung, daß es eine Gabe der Nation an die Jugend sein müßte, sie bis zum 16. Jahre in wirksamer Schulerziehung zu nehmen. Jedenfalls werden wir zu ganz anderer und viel methodischerer Pflege der Jugend kommen müssen. Den Vorschlag einer bedingten Beschränkung der Freizügigkeit für die Jugendlichen hält Traub nicht für unbedeutend. Traub meint, ihm persönlich mache viel mehr, als die kriminalistische Belastung, eine andere Erscheinung Sorge, die in der Jugend leider zu erwarten ist: wir werden eine heillose Unlust zu wirklicher Berufsausbildung zu bekämpfen haben. Bei den hohen Löhnen wird die Jugend einfach fragen: wozu da noch erst lernen? Das ist bedenklich nicht bloß für unser Gewerbe und Handwerk, sondern mehr noch für die Charakterausbildung. Traub weist weiter darauf hin, daß er mit seinem Proteste (in Gemeinschaft mit Reichensperner) gegen die Teilnahme der Jugend an politischen Versammlungen doch Recht behalten habe, obwohl man das damals als „reaktionär“ empfunden habe. Es sei immer wieder der alte Fehler: man lege die Jugend viel zu vielen Gefahren aus, denen sie nicht entrinnen kann. Der Spornwanz sei im großen ganzen sehr heilsam. Er stehe auf dem ganz altmodischen Grundsatze, daß das beste Erziehungsmittel das deutsche Haus sei und daß alles andere, auch Jugendämter, Gesetze und Verordnungen schließlich Ersatz seien. Wertvoller als gesetzgeberische Maßnahmen sei die Kinderstube.

Waldring, 3. März. Bezirksamtssitzung für Volksaufklärung veranstaltete vor wenigen Tagen für die Mitglieder der Ortsauschüsse einen Vortragstag, bei welchem Direktor Dr. Neugebauer aus Freiburg über die deutsche Ernährungspolitik im Krieg, Rektor Merk von hier über die deutsche Technik im Weltkrieg und Direktor Dr. Pfah von hier über den auchboot-Krieg, seine Erfolge und Wirkungen sprach. Trotz der Ungunst der Witterung war die Veranstaltung von Pfarrern, Lehrern, Bürgermeistern usw. gut besucht. An der Aussprache beteiligten sich Aufklärungsoffizier Hanzer, Kreissschulrat Baumgartner und Pfarrer Mühle.

Zweite Kammer.

Karlsruhe, 1. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden zunächst die beiden Gesetzentwürfe über die Abänderung des Vergesetzes und die Gemeindeeinkommenbesteuerung einstimmig angenommen. Sodann wurde die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Abg. Bitter (natl.) lenkte die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Wohlfahrtsbestrebungen, um deren Unterstützung er bat. Abg. Banfisch (N. B.) wünschte, daß die Amtskollegen ihren Kollegen in der Finanzverwaltung gleichgestellt werden und bemängelte die rüchichtslose Ausführung der Getreideaufnahme. Abg. Schön (natl.) wünschte eine Verbesserung des Bandwesens mit Holz. Nachdem Ministerialdirektor Weingärtner Aufklärung gegeben hatte, daß die Sparassen infolge gesetzlicher Bestimmungen nicht Mitglieder des Bauverbundes werden können, kam Abg. Odenwald (F. B.) auf die hohen Löhne zu sprechen, die in der Rüstungsindustrie bezahlt werden. Es sei ihm ein Fall bekannt, wo 20jährige Mädchen 120 Mk. wöchentlich verdienen. Abg. Dr. Bodt (natl.) befaßte sich mit dem Geburtenrückgang. Um ihn zu bekämpfen sei eine wirtschaftliche soziale Verbesserung der Volkswirtschaft notwendig, ebenso eine großzügigere Wohnungsreform. Abg. Köhlin (natl.) wies darauf hin, in wie hohem Maße sich die bad. Heilquellen im Kriege bewährt haben und unterstützte eine Erweiterung der Badener Kur- und Ausstellungen. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Göhring (natl.), Wiedemann (Ztr.) und Müller-Spvingen (N. B.) beschloß sich Abg. Kösch (Soz.) mit Fragen des Arbeiterstandes und der Sonntagsruhe in gewerblichen Betrieben. Nach der Klage des Abg. Mast (Ztr.), daß das sittliche Verhalten der jungen Leute in den Fabriken Anlaß zum Entweichen gebe, teilte Staatsminister v. Bodman mit, diese Angelegenheit sei Gegenstand einer Vorstellung des erzbischöflichen Ordinariats an das selbst. Generalkommando des 14. Armeekorps. Abg. Strobel (Soz.) wünschte eine dauernde Verbeibehaltung des Nachtbadsverbots, worauf Geh. Rat Schneider erwiderte, daß die bad. Regierung die Verbeibehaltung des Nachtbadsverbots befrägen würde. Nachdem Abg. Dr. Schojer (Ztr.) sich gegen eine Dezentralisierung des Gewerbeaufsichtsamts ausgesprochen und betont hatte, auch das Zentrum fordere die Organisierung der Arbeiter und nach einer Erwiderung des Abg. Kösch wurde die Weiterberatung auf Dienstag, 5. März nachmittags 4 Uhr vertagt.

Mannheim, 28. Febr. Volksschulrektor Mathias Lutz, des getreue und verständnisvolle Mitarbeiter des Stadtschulrats, Geh. Hofrats Dr. Sickingen am Werke des Sonderklassensystems, ist heute früh infolge eines wiederholten Schlaganfalls verschieden. Die Lehrerschaft verliert in ihm einen eifrigen lieben Kollegen und einen wohlwollenden Vorgesetzten. Er hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht.

Mannheim, 28. Febr. Wegen übermäßiger Preissteigerung hatten sich die Kaufleute Karl Häberle und Ernst Schwarz vor der Strafkammer zu verantworten. Schwarz wurde zu 10000 Mk. Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei einem geschäftlichen Streit schloß ein Geschäftsführer auf einen Baumeister und verlegte diesen sehr erheblich.

Mannheim, 28. Febr. In der vergangenen Nacht sind in der Zündholzfabrik in Rheinau von unbekanntem Täter sämtliche Treibriemen gestohlen worden, jedoch der Fabrikbetrieb stillstand.

Rehl, 1. März. Bei der Aufnahme der Getreidevorräte fand man laut „Rehler Zeitung“ bei einem

Landwirt in Rehlshaus im Jagdschloß beim Verbleib, 4 Zentner Mischreuch und 4 Zentner Gerste die beschlagnahmt wurden. Der Landwirt erhielt einen Strafbesehl von 400 Mk.

Endingen, 1. März. Auf der Station Riegel wurde letzter Tage, wie die „Volkswacht“ meldet, eine Wagenladung Rüben beschlagnahmt, der nicht verkehrsfähige Lebensmittel wie Mais, Speck und Schnaps beiladen waren.

Württemberg.

Stuttgart, 3. März. (Wohnungsautnahme.) Die Kriegskommission des Gemeinderats wird am 10. März von Haus zu Haus eine Aufnahme aller leerstehenden Wohnungen und Wohnräume, möbliert oder unmöbliert, vornehmen.

Stuttgart, 2. März. (Wohnungsamt.) In Anbetracht der Wohnknappheit ist hier ein Wohnungsamt errichtet worden.

Zübingen, 2. März. (Auch ein Durchbruch.) Bei einer Möbelversteigerung in einer Werkstätte in der Georgstraße brach gestern, wie die „Züb. Chronik“ erzählt, in der Nähe der Türe infolge der starken Beteiligung von Steigerungslustigen der Fußboden durch, sodaß etwa 30 Personen, fast durchweg Frauen, in das Keller stürzten, ohne daß zum Glück jemand erheblichere Verletzungen erlitt.

Kottweil, 1. März. (Explosion.) Am Abend des 28. Februar gegen 7 Uhr ist in der Pulverfabrik Kottweil in einem Polerraum eine Entzündung von Pulver eingetreten, die eine Explosion zur Folge hatte. Der Polerraum wurde durch die Explosion zerstört. Die Entzündung dehnte sich auf einige Nachbargebäude aus, die teilweise ausbrannten. Drei Menschenleben sind zu beklagen, sonst sind bei einer Anzahl von Arbeitern nur leichtere Verwundungen vorgekommen. Der Betrieb ist in beschränktem Umfang auf vorübergehende Zeit gestört.

Heidenheim, 2. März. (Tagelöhnerhöhung.) Von den bürgerlichen Kollegien wurde das Gemeinderatstaggeld von 8 auf 10 Mk., die Aufwandsentschädigung des Stadtvertrands bei auswärtigen Verrichtungen auf 18 Mk., der Kollegialmitglieder und Beamten auf 15 Mk. erhöht.

N Ravensburg, 2. März. (Ehrlicher Finder.) Eine Frau verlor ihren Geldbeutel mit 850 Mk. Inhalt. Ein Zigeuner fand das Geld und lieferte es auf der Polizeiwache ab.

Wangen i. A., 1. März. (Schwerer Unfall.) Dem im Herbst 1914 schwer verwundeten, als Kriegsinvalide entlassenen 25jährigen Josef Jarde in Reute wurde bei Bedienung der Futtermaschine die linke Hand bis hinter das Gelenk weggeschnitten.

Vom Bodensee, 1. März. (Bodenseefahrt.) Gleich der württembergischen hat auch die Öst. b. b. b. Generaldirektion vom 1. März ab die Nachfahrkarten, Sonntagsfahrkarten, Kilometerkarten und allsonstigen Vergünstigungen für die Bodenseefahrten aufgehoben.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 1. März. (Schiefhandel.) Der verheiratete Schneider F. Bauer von Bürg. O. M. Waiblingen, und die Händlerin Rosine Ohmeltz von Gadenberg hatten fortgesetzt größere Mengen Wurst und Fleisch in Schorndorf gekauft und es, ohne überhaupt Handelsverhältnis zu besitzen, in hohen Preisen in Frankfurt wieder abgesetzt. Dabei erzielten sie jeweils das Jahrgeld von und nach Frankfurt, indem sie eine Bahnfahrkarte lösten, mit ihr den Zug betreten und bei den Zoll der Zugkontrolle eine früher benötigte und entworfene Schikarie der betreffenden Richtung vorzeigten, worauf sie am Ziel ihrer Fahrt den Bahnhof in Frankfurt oder Stuttgart wieder unter Verhüllung der Bahnfahrkarte verließen. Bei beiden wurden noch größere vom Schiefhandel herabgehende Geldmittel vorgefunden. Bauer und die Angeklagte Ohmeltz erhielten wegen unerlaubten Handels und Betrugs je 1000 Mk. Geldstrafe und 2 Monate Gefängnis.

Landtag.

Stuttgart, 1. März. Finanzminister Dr. v. Bistorius begründet die Vorlage. Am schlimmsten daran sind zweifellos die Festbesoldeten. Zu den wirtschaftlich Schwächsten im Krieg gehören die kleineren und mittleren Beamten ohne Vermögens und mit großer Kinderzahl; ihnen soll die Beihilfe gewährt werden. Mit der Neuregelung steht Württemberg jetzt an der Spitze. Angesichts des Gesamtstaatsbedarfs von rund 126 Millionen Mark sei der Aufwand von 63 Millionen sehr erheblich. Die Neuregelung soll schon ab 1. Februar in Kraft treten. Die Mittel hierfür sind vorhanden. Wünschig sollte noch in der ersten Hälfte des März die Nachzahlung an die Beamten erfolgen. Präsident v. Kraut gibt einen Antrag von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen bekannt, die Denkschrift dem Finanzausschuß zu überweisen.

Abg. Kell (Soz.): Die Beamten mit ihren Familien werden fast ausnahmslos auf der Straße liegen werden, so werde das sicherlich bis im nächsten Wintertermin eintreten, wenn nicht bis dahin von öffentlicher Seite Vorkehrungen getroffen sind. Beihilfe liegt die Beihilfe in anderen größeren Städten. Die Erlaubnis zu Ausübung der Vah- und Untertagearbeit ist keine wirtschaftliche Maßregel. Für den Neubau von Paradenwohnungen vom Staat den Gemeinden die Städte herabzuwerden. Es frage sich auch, ob nicht der Staat für die Beamten den Bau von Wohnwohnungen vorbereiten soll. Erwünscht wäre ein allgemeines Verbot der Mietssteigerungen.

Abg. Dr. Lindemann (Soz.): Wenn auch auf 1. April noch nicht Familien obdachlos auf der Straße liegen werden, so werde das sicherlich bis im nächsten Wintertermin eintreten, wenn nicht bis dahin von öffentlicher Seite Vorkehrungen getroffen sind. Beihilfe liegt die Beihilfe in anderen größeren Städten. Die Erlaubnis zu Ausübung der Vah- und Untertagearbeit ist keine wirtschaftliche Maßregel. Für den Neubau von Paradenwohnungen vom Staat den Gemeinden die Städte herabzuwerden. Es frage sich auch, ob nicht der Staat für die Beamten den Bau von Wohnwohnungen vorbereiten soll. Erwünscht wäre ein allgemeines Verbot der Mietssteigerungen.

Die Vorlage wird einstimmig an den Finanzausschuß überwiesen. Das Haus geht über zur Beratung der sozialdemokratischen Anfrage betr. Wohnungsnot und Wohnungssteuerung.

Abg. Dr. Lindemann (Soz.): Wenn auch auf 1. April noch nicht Familien obdachlos auf der Straße liegen werden, so werde das sicherlich bis im nächsten Wintertermin eintreten, wenn nicht bis dahin von öffentlicher Seite Vorkehrungen getroffen sind. Beihilfe liegt die Beihilfe in anderen größeren Städten. Die Erlaubnis zu Ausübung der Vah- und Untertagearbeit ist keine wirtschaftliche Maßregel. Für den Neubau von Paradenwohnungen vom Staat den Gemeinden die Städte herabzuwerden. Es frage sich auch, ob nicht der Staat für die Beamten den Bau von Wohnwohnungen vorbereiten soll. Erwünscht wäre ein allgemeines Verbot der Mietssteigerungen.

Stuttgart, 2. März.

Fortsetzung der Beratung der Anfrage betr. Wohnungsnot und Wohnungssteuerung.

Der Minister des Innern von Fleischhauer führte aus, daß dem Krieg würde allerdings ein erheblicher Wohnungsmangel eintreten. Im allgemeinen sei ein Wohnungsmangel aber nur in den Großstädten und in den Industriezentren mit ihrer Umgebung festzustellen. Die Verteilung des Baugeländes sei im allgemeinen Sache der Gemeinden. Unter den nach dem Krieg zuerst aus dem Heer Entlassenen würden sich auch die Bauhandwerker und Techniker befinden. Zurzeit schwersten Verhandlungen darüber, wie sich die notwendigen Bauwerke beschaffen lassen, wobei Staat und Gemeinden bis zu einem gewissen Grad Mithaft übernehmen müssen. Er hoffe, noch im Laufe dieser Tagung dem Haus einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen zu können. Der Minister empfiehlt sodann die Einrichtung von Wohnungsämtern, zur Beschaffung der Vermittlung von leerstehenden Kellern, Logis- und Paradenwohnungen und stellt gegen die von manchen Landbesitzern unbedeutend vorgenommenen Mietspreiserhöhungen Gegenmaßnahmen in Aussicht.

Abg. Graf (Ztr.) hatte den Eindruck, als ob die Regierung in der Wohnungsfrage eine nicht erwünschte Zurückhaltung annehme, während die Hauptlasten den Gemeinden überlassen wolle. Der unabhängige Sozialist Hornung sprach sich gegen die Mietspreiserhöhungen und für Kleinwohnungsanlagen aus.

Abg. Kösch (Natl.) meinte, daß den Gemeinden mit diesen Gegenmaßnahmen die Regierung die allerwertvollsten Aufgaben aufbürde. Dagegen war Abg. v. Gaus mit der Antwort der Regierung im allgemeinen zufrieden.

Abg. Köhling (N. B.) hielt eine kleine Mietspreiserhöhung in Anbetracht der großen Ausgaben der Hausbesitzer für durchwegs gerechtfertigt. Sie sei eine Folgeerscheinung der allgemeinen Teuerung und des gestiegenen Zinsfußes. Im allgemeinen haben sich die Verhältnisse des Hausbesitzes durch den Krieg bedeutend verschlechtert.

Abg. Schlegel (Soz.): Die Antwort der Regierung kann nicht durchwegs befriedigt. Bei der Rationierung darf man nicht übersehen, daß es sich hier um eine vorübergehende Maßnahme handelt. Gegen eine angemessene Erhöhung der Mietspreise ist nichts einzuwenden; einer Ausweitung der Mietspreise der Kriegsveteranen und Witwen aber muß vorgebeugt werden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 12. März, nachmittags 4 Uhr; Tagesordnung: dann Anfrage betr. Brennmaterialienversorgung.

Druck-Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, Badelbühl.

Brennholz-Verloreauna betr.

Das im Sägewerk von Wilhelm Teiber We. und in der Sprossenmühle anfallende Bündel- und Spreißenholz wird künftig für die hiesige Einwohnerschaft für Heizwecke bereit gehalten.

An eine Familie werden bis zu 20 Stück Bündelholz zum Preise von 32 Pfennig für 1 Bündel oder bis zu 1 Rm. Spreißenholz zum Preise von 10 Mk. gegen Barzahlung ab Sägmühle abgegeben.

Wildbad, den 2. März 1918.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Bewerber-Anruf.

Zum Geldeinru für die Stadtpflege (Gas- und Elektrizitätswerk mit Verbrauchsaufnahme) wird ein zuverlässiger, im Schreiben und Rechnen gewandter Mann gesucht. Für die Stelle kommt nur ein Kriegsinvalide in Betracht. Wildbad, den 2. März 1917.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Bekanntmachung.

Die Säcker und Mehlhändler haben morgen Dienstag ihre sämtliche leeren Mehlsäcke im Stadt-Mehllokal abzugeben.
Stadt. Mehlabgabestelle.

Bekanntmachung.

Auf Lebensmittelmarke Nr. 22 wird 1 Ei abgegeben. Ristenschluß Dienstag abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Haben Stoffreste, Allleder (Schuhzeug) dann bringen Sie mir dieselb. sofort, es werd. Ihnen daraus **Kriegsstiefel** mit hyg. Holzsohle angefertigt! Holzstiefel-Reparaturen werden ebenfalls ausgeführt. Verlangen Sie Prospekte. Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad. Sammelstelle d. Kriegsstiefelherstellg. Stuttgart.

Alle Sorten **Vogelfutter, Singfutter, Papageienfutter, Vogelsand,** empfiehlt **Drogerie Hans Grundner Nachf. Herm Erdmann.**

Zur Mithilfe in der Buchdruckerei wird ein fleißiges, solides **Mädchen** gesucht. Verlag des **Freien Schwarzwälder**

Villa Viktoria in besser Lage, geeignet zur Führung einer Fremdenpension zu verkaufen.

Ein kleineres, möbliertes, heizbares **Zimmer** wird sofort zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Exped.

Bettfedern, la. Gänsefedern, 3 Scheiben 20 Pfd. Postfakt 20 Mk. Adm. so. inf. Sod. Zeisgn. Co., Egelsdorf-Königssee Th.

Evang. Kirchenchor. Heute abend 8 Uhr **Singstunde.**

Prima **Schnellfeuer-Brennstoff** für Feuerzeuge, Flasche Mk. 1.20, bei **Chr. Schmid u. Sohn, König-Karlstr. 68.**

Wäschestärke-Ersatz vorzüglichster 3-er Stärken von Wäsche jeder Art, sparsam und bequem im Gebrauch in P. L. zu 25 Pfennig empfiehlt **Carl Wlth. Gott.**

Kautschuk-Stempel empfiehlt **G. W. Hoff.**